

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit**,  
Berlin SO. 16, Engelauer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912	265	Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	278
Jahresbericht des Zentralarbeitssekretariats für das Jahr 1912	273	Lohnbewegungen und Streiks. Zur Aussperrung im Malergewerbe. — Vom Kampf der holländischen Zigarrenarbeiter	279
Jahresbericht der Unterstützungvereinigung für das Jahr 1912	276	Mittellungen. An die Verbandsexpeditionen. — Unterstützungsvereinigung	280

## Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912.

### Allgemeines.

Die ständig wachsende Macht der Gewerkschaften veranlaßt die Scharfmacher im Unternehmerlager, immer wilder nach Ausnahmegeetzen gegen die Gewerkschaften zu rufen. Der Glaube an die eigene Kraft scheint im organisierten Unternehmertum mehr und mehr zu schwinden. Man hatte gehofft, durch umfassende Anwendung der Aussperrungstaktik jeden Lohnkampf zu einem für die Unternehmer günstigen Ergebnis führen und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen brechen zu können. Daß dieses Ziel nie erreicht werden wird, lehrt der Ausgang aller größeren Lohnkämpfe der letzten Jahre. Im Berichtsjahre gelangten die bereits im Jahre 1911 begonnenen Kämpfe im Steindruckgewerbe und in der Tabakindustrie zum Abschluß. Trotz der verhängten Aussperrungen mußten die Unternehmer sich zu einem für die Arbeiter durchaus ehrenvollen Friedensschluß bequemen und die verhassten Gewerkschaften anerkennen. Zu größeren Aussperrungen kam es in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie. Die Kämpfe in der Porzellan- und Metallindustrie wurden durch direkte Verständigung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen beendet; der Kampf im Schneidergewerbe durch Schiedspruch. In allen Fällen haben die Unternehmer nicht unerhebliche Zugeständnisse an die Arbeiter machen müssen.

Der bedeutendste Kampf des Vorjahres war der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, der infolge des in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden unerhörten Verrats der christlichen Gewerkschaften und des zügellosen Terrorismus, der in dem von Polizei und Militär überfluteten Streikgebiet gegen die Streikenden ausgeübt wurde, schon nach einwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte. In einem gemeinsamen Aufruf erhoben Generalkommission und Parteivorstand öffentlichen Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade in der kritischen Zeit wieder einmal in so klarer Weise gezeigt habe, wie sehr sie von dem Willen getragen sei, den Wün-

schen der Scharfmacher nachzukommen. An die Arbeiter im ganzen Reiche wurde das Ersuchen gerichtet, sich dem Protest anzuschließen. Unterstützt von den christlichen Gewerkschaftsführern setzte eine unehrliche Hebe gegen die freien Gewerkschaften ein. Die unter dem Terrorismus wirtschaftlicher und öffentlicher Gewalten leidenden gewerkschaftlichen Organisationen wurden des Terrorismus gegen Arbeitswillige beschuldigt, zu deren Schutz man verschärfte Strafbestimmungen, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens verlangte. Dem Einfluß der Unternehmer gelang es, die gesetzgebenden Körperschaften mehrerer Bundesstaaten mobil zu machen, so daß in Hamburg, Sachsen und Preußen von den Parlamenten an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet wurde, die Strafbestimmungen gegen die Gewerkschaften zu verschärfen.

Die Durchführung solcher Absichten dürfte allerdings im Reichstage zunächst auf einige Schwierigkeiten stoßen. Ein konservativer Antrag, der ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens forderte, wurde vom Reichstage mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Reichsregierung erklärte sich dagegen, aber nur, weil sie sich von ausnahmerechtlichen Maßregeln nichts verspricht und den gegenwärtigen Zeitpunkt für gesetzgeberische Aktionen gegen die Gewerkschaften nicht für geeignet hält. Sie erklärt, mit der schärferen Anwendung der bestehenden Gesetze einstweilen auskommen zu können und will erst bei der Neuregelung unseres Strafrechts im neuen Strafgesetzbuch den entscheidenden Schlag gegen das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter führen. Wie wenig die Reichsregierung geneigt ist, das Koalitionsrecht zu schützen und wie sehr man bestrebt ist, es durch juristische Tüfteleien fortzuzusksamotieren, beweisen die Verhandlungen des Reichstages über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter vom 10. und 11. Dezember vorigen Jahres. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Delbrück, verstieg sich dabei zu der ungeheuerlichen Behauptung, jeder Arbeitgeber habe das Recht, durch Privatvertrag seinen Arbeitern die Ausübung

des Koalitionsrechts zu beschränken oder auch ganz zu verbieten. Ein solcher Vertrag sei nicht gesetzwidrig und durchaus zulässig. Der Staatssekretär mußte sich von dem sozialdemokratischen Redner darüber belehren lassen, daß seine koalitionsfeindliche Auffassung unhaltbar sei und daß bei der Fertigstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches ausdrücklich von Reichstag und Regierung festgestellt worden ist, daß ein Vertrag, durch welchen jemand die Koalitionsfreiheit beschränkt wird, als gegen die guten Sitten verstößend anzusehen und deshalb nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig sei.

Die Folgen der gegen die Gewerkschaften betriebenen Hezke und der Stellungnahme der Regierung, die unverhüllt eine schärfere Anwendung der bestehenden Gesetze gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter forderte, zeigen sich im ganzen Lande. Seitens mancher Gerichte werden für ein paar beleidigende Worte, wenn sie gegenüber einem Streikbrecher gefallen sind, geradezu barbarische Strafen verhängt. Das Vereinsgesetz wird nur zu oft in schikanöser Weise gehandhabt. Immer häufiger bemühen sich strebsame Staatsanwälte, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. Die christlichnationalen Gewerkschaften, die Kriegervereine, die Arbeitgeberorganisationen usw., die alle in viel weitgehendem Maße zu politischen Tagesfragen Stellung nehmen und offen den Kampf für bestimmte politische Parteien führen, läßt man dagegen ungeschoren. Wie sehr in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird, geht auch aus dem Verhalten der Aufsichtsbehörden und der Gerichte gegen die Innungen hervor. Zahlreiche Innungen sind dazu übergegangen, ihren Mitgliedern zu verbieten, Tarifverträge abzuschließen, und zwar unter Androhung einer Strafe von 20 Mk. für jeden Tag, an dem der Tarifvertrag aufrechterhalten wird. Andere Innungen bestrafen diejenigen ihrer Mitglieder, die sich weigern, dem Beschlusse der Unternehmerorganisation gemäß ihre Arbeiter auszusperrten. Daß ein solches terroristisches Vorgehen gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößt, unterliegt keinem Zweifel. Trotz mehrfacher Strafanzeigen hat sich bisher aber noch kein Staatsanwalt gefunden, der gegen diese Gesetzesverletzung eingeschritten wäre.

So sorgen unsere Gegner mit anerkanntem Eifer dafür, immer von neuem den Beweis zu führen, daß wir in einem Klassenstaate leben und die von der Verfassung gewährleistete Rechtsgleichheit in Wirklichkeit der Arbeiterklasse gegenüber nicht vorhanden ist.

Der neue Reichstag hat bisher auf sozialpolitischem Gebiet nichts geleistet, wenn man von den überaus zahlreichen Resolutionen zum Etat absieht. Solche Resolutionen sind von allen Parteien in großer Zahl eingebracht und vom Reichstage angenommen worden. Es ist ja so leicht, für eine Resolution zu stimmen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, dies oder jenes Gesetz zugunsten der Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Die Regierung kennt ihre Pappenheimer und läßt sich Zeit, sehr viel Zeit. Kommt aber endlich einmal ein sozialpolitisches Gesetz an den Reichstag, so zeigt es sich, daß die bürgerlichen Parteien zwar immer schöne Worte für die Arbeiter haben, daß sie zu Taten aber meist nicht zu haben sind. Die Beratungen über den dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der §§ 74—75c des Handelsgesetzbuches liefern den besten Beweis dafür. Der Gesetzesentwurf will eine Einengung bzw. Ausschaltung des Mißbrauchs der Konkurrenzklausele gegenüber den

Handlungsgehilfen. Die Handlungsgehilfen aller Richtungen verlangen übereinstimmend das glatte gesetzliche Verbot der Konkurrenzklausele. Dafür tritt jedoch nur die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ein; alle bürgerlichen Parteien lehnen ein solches Verbot ab. Für eine ernsthafte durchgreifende Sozialpolitik sind eben die bürgerlichen Parteien nicht zu haben.

Die zur Durchführung der Volksversicherung von den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und dem Centralverband Deutscher Konsumvereine errichtete „Gewerkschaftliche Genossenschaftliche Aktiengesellschaft Volksfürsorge“ hat ihren Geschäftsbetrieb leider immer noch nicht beginnen können. Der mit der Ausarbeitung der Tarife und Versicherungsbedingungen beauftragte Mathematiker hat die Arbeit, statt, wie vereinbart, Ende September erst Mitte Dezember v. J. abgeliefert. Infolgedessen konnten Geschäftsplan, Tarife und Versicherungsbedingungen erst am 18. Dezember dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung zur Prüfung eingereicht werden. Das Aufsichtsamt hat eine Reihe von Änderungen verlangt, die inzwischen vorgenommen sind. Ueber die Genehmigung des Geschäftsbetriebes entscheidet das Amt unter Mitwirkung des Versicherungsbeirats nach mündlicher Verhandlung.

Wie lange die Genehmigung noch auf sich warten lassen wird, läßt sich nicht bestimmt sagen. Wenn das Aufsichtsamt die Sache nicht ungebührlich verzögert, müßte es möglich sein, am 1. Juli d. J. mit dem Geschäftsbetrieb zu beginnen. Es gibt allerdings Leute, die behaupten, die Genehmigung des Geschäftsbetriebes der „Volksfürsorge“ würde so lange hinausgezögert werden, bis die „nationale“ Gegen gründung, die „Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“, in Funktion getreten sei. Wir teilen diese Meinung nicht und setzen voraus, daß das Aufsichtsamt durchaus unparteiisch seines Amtes walten wird.

Von dem Leipziger Gewerkschaftskartell wurde angeregt, ob es nicht angebracht sei, daß sich die Gewerkschaften an der Internationalen Bau fachausstellung in Leipzig beteiligen. Mit Rücksicht auf die Behandlung, die den Gewerkschaften von dem Direktorium der Hygienenausstellung in Dresden zuteil geworden war, wurde die Beteiligung an der Internationalen Bau fachausstellung, die wiederum in Sachsen stattfindet, ohne weiteres abgelehnt. Erst als die Generalkommission von neuem darum angegangen wurde und das Ausstellungsdirektorium die Garantie gegeben hatte, daß sich Vorgänge wie in Dresden nicht wiederholen könnten, wurde die Beteiligung beschlossen. In Betracht kommen dabei nur die Bauarbeiterorganisationen und solche Verbände, deren Mitglieder zum Teil ebenfalls am Bau beschäftigt sind. Die Beteiligung der Gewerkschaften beschränkt sich auf eine Darstellung des Bauarbeiter schutzes. Es soll eine Uebersicht gegeben werden über die verschiedenen Berufskrankheiten sowie über die Verbreitung und Wirkung derselben unter den Bauarbeitern. Desgleichen über die Unfallziffern und die Verschiedenartigkeit der Unfälle und deren Folgen. In der Hauptsache handelt es sich aber um die Vorführung muster-giltiger Gerüste und Schutzeinrichtungen sowie Einrichtungen hygienischer und sanitärer Art. Zu diesem Zweck ist ein eigenes Gebäude von den Gewerkschaften auf dem Ausstellungsgelände errichtet, an dem Gerüste für Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Glaser, Klempner und Maler angebracht

sind, die zeigen, wie sie beschaffen sein müssen, um Unfälle zu verhüten. Außerdem werden die erforderlichen hygienischen Einrichtungen in musterhafter Weise vorgeführt. In Betracht kommen: Baubude, Wasch- und Wärmeverrichtungen, Anlage von Bedürfnisanstalten, Ventilatoren und Vorrichtungen zum Schutze gegen Zugluft, Staub, Gase, Rässe usw. Findet die Veranstaltung der Gewerkschaften die ihr gebührende Beachtung auf der Internationalen Bauausstellung, so dürfte der beabsichtigte Zweck, allgemein mehr Verständnis für den Bauarbeiterkampf herbeizuführen, nicht unerfüllt bleiben, und würden dann die erheblichen Mittel, welche die beteiligten Gewerkschaften für die Ausstellung aufgewendet haben, gut angelegt.

Die proletarische Jugendbewegung hat in der Berichtszeit, die wegen der Venderung des Geschäftsjahres nur 9 Monate umfaßt, gute Fortschritte gemacht, obwohl sie von Staat, Gemeinde und Unternehmertum in der skrupellosesten Weise bekämpft worden ist. Versammlungen wurden für politisch erklärt, bevor sie begonnen hatten. Sogar gefällige Veranstaltungen und Feste wurden im vornherein zu politischen Versammlungen gestempelt. Oftmals wurden die Pforten der Lokale von den Cherubinen des Klassenstaates geziert, um die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen am Besuche der Veranstaltung zu hindern. In einigen sächsischen Orten verboten die Schulverwaltungen auf Grund der Schulordnung den Fortbildungsschülern die Teilnahme an Konfirmandenfeiern, die von den Jugendausschüssen geplant waren. Während solchermaßen versucht wurde, die Jugendlichen von der Jugendbewegung der Arbeiterschaft mit der Weitsche fernzuhalten, bemühten sich die bürgerlichen Eliten, die jungen Arbeiter mit dem Zuckerbrote an sich zu locken. Und dieselben Behörden, die die Jugendbewegung der Arbeiterschaft brutal bekämpften, leisteten dem Jugendfang des Bürgertums jeden erdenklichen Liebesdienst. In diesem heißen, für die Arbeiterschaft opferreichen Kampfe um die arbeitende Jugend hat sich aber unsere Jugendbewegung glänzend behauptet. Der Fortschritt läßt sich am besten an dem Abonnenstande der „Arbeiter-Jugend“ ermesien. Er ist von 80 088 auf 90 000 gestiegen. Die Zeitung wird von der Centralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben, der die Leitung der proletarischen Jugendbewegung obliegt. Die Generalkommission hat in der Centralstelle vier Vertreter. Die Centralstelle hat vier neue Flugblätter herausgegeben. Ein Flugblatt dient der Propaganda für die „Arbeiter-Jugend“, das zweite wendet sich gegen den Bund „Jung-Deutschland“, den Kriegerverein der Jungen, das dritte richtet sich speziell an die junge Arbeiterin und das neueste klärt die Jugendlichen über die wahren Zwecke der neuen staalich organisierten Jugendbewegung auf. Die insgesamt 10 Flugblätter der Centralstelle wurden in 60 100 Exemplaren verlangt. Die Agitationsbroschüre „Gehörst Du zu uns?“ wurde in 23 575 Exemplaren verbreitet. Vom „Jugend-Liederbuch“ wurden 22 223 Exemplare verkauft. Der Jugendalmanach „Jungvolk“ hat eine gute Aufnahme gefunden. 27 120 Exemplare wurden abgesetzt. „Jungvolk“ soll in jedem Jahre als eine Weihnachts-gabe an die arbeitende Jugend neu erscheinen. Von der bekannten Schrift: Lamszus, Das Menschen-schlachthaus veranstaltete die Centralstelle eine billige, aber ungekürzte Volksausgabe in 20 000 Exemplaren zum Preise von 30 Pf. das Stück. (Die Schrift kostet in der gewöhnlichen Ausgabe 1 M.)

Auch die übrigen Schriften der Centralstelle, die in den früheren Jahren erschienen sind, wurden in der Berichtszeit viel verlangt.

Ein besonderes Augenmerk hat die Centralstelle der Ausbildung von Funktionären für die freie Jugendbewegung zugewendet. Sie gibt nach Bedarf ein gedrucktes Rundschreiben heraus, das Anleitungen für die praktische Arbeit auf allen Gebieten enthält. Für die einzelnen Arbeitszweige, das Vortragswesen, Einrichtung von Jugendbibliotheken, künstlerische gesellschaftliche Veranstaltungen, Körperpflege usw. sind im Laufe der Jahre besondere Ratgeber gedruckt worden, die an Funktionäre unentgeltlich abgegeben werden. Da der schriftlichen Belehrung auf diesem Gebiete enge Grenzen gezogen sind, ist die Centralstelle zur Einrichtung eines Ausbildungskurses für Jugendleiter geschritten. Der Kursus fand im Oktober in Berlin statt. 32 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands wurden eine Woche lang über alle Fragen der Jugendbewegung theoretisch und praktisch unterwiesen. Dem einmütigen Wunsche der Teilnehmer folgend, hat die Centralstelle beschlossen, den Kursus zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Die erste Wiederholung findet im Mai d. J. statt.

Die Ausgaben der Centralstelle betragen 13 929,34 M.

Ein Mittelglied zwischen der Centralstelle und den örtlichen Jugendausschüssen stellen die Bezirksleitungen dar. Gegenwärtig bestehen 32 Bezirksleitungen (im Vorjahre gab es 26). Sie vermitteln Vorträge, veranstalten Vortragstouren und Konferenzen, geben Flugblätter und Material für die Jugendausschüsse heraus und stehen überhaupt den Funktionären mit Rat und Tat zur Seite.

Jugendausschüsse gibt es in 637 Orten (gegen 574 im Vorjahre). Die Zahl der Veranstaltungen, die sie zur Pflege des Körpers und des Geistes unserer Jugend getroffen haben, hat die des vorigen Jahres um ein bedeutendes überschritten. Im Sommer erfreuen sich naturgemäß die Wanderungen und Spiele im Freien eines stärkeren Interesses der Jugend als die reinen Bildungsveranstaltungen. Allgemein ist darum das Bestreben der Jugendausschüsse, die Wanderungen auch zu einem Mittel geistiger Erfrischung und Fortbildung zu machen. Ueber die Tätigkeit der Jugendausschüsse im einzelnen informiert der Bericht, den die Centralstelle herausgeben wird.

#### Agitation.

Zur Förderung der Agitation in den schlecht organisierten Bezirken werden seit Jahren Agitationskommissionen, Arbeitersekretariate oder Gewerkschaftssekretäre seitens der Generalkommission finanziell unterstützt resp. von dieser die erforderlichen Kosten vollständig gedeckt. Zu den bisherigen Einrichtungen dieser Art ist nunmehr ein Gewerkschaftssekretariat für das lothringische Industriegebiet mit dem Sitz in Metz getreten. In diesem Gebiet entwickelt sich eine Industrie, die in kurzer Zeit in bezug auf Ausdehnung und Leistungsfähigkeit der gleichartigen Industrie in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien mindestens ebenbürtig sein wird. Schon heute werden große Arbeitermassen in dem neuen Industriegebiet beschäftigt. Die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation dieser Massen wird dadurch erheblich beschwert, daß die beschäftigten Arbeiter zum großen Teil nur französisch oder italienisch sprechen. Es mußte deshalb ein Gewerkschaftssekretär angestellt werden, der die französische Sprache vollständig beherrscht. Da der bisherige Arbeitersekretär in Saarbrücken dieser Anforderung

Verbandstage bzw. Generalversammlungen der Verbände tagten im Berichtsjahre insgesamt 28, und zwar:

Asphalteure: 10. Februar in Berlin. Bildhauer: 23. Juni in München. Brauerei- und Mühlenarbeiter: 11. Juni in Mannheim. Buchdruckerhilfsarbeiter: 22. Februar in Berlin. Dachdecker: 15. April in Nürnberg. Fabrikarbeiter: 4. August in Dresden. Friseurgehilfen: 29. Mai in Berlin. Gärtner: 9. September in Berlin. Gemeinbearbeiter: 2. Juni in München. Glaser: 9. April in Dresden. Handlungsgehilfen: 5. Mai in Berlin. Hausangestellte: 14. April in Berlin. Holzarbeiter: 23. Juni in Berlin. Kürschner: 22. April in Leipzig. Lagerhalter: 8. September in Köln a. Rh. Landarbeiter: 27. Dezember in Berlin. Maschinisten: 26. Mai in München. Sattler und Portefeuilier: 29. Mai in München. Schmiede: 2. Juni in Düsseldorf. Schneider: 11. August in Köln. Schuhmacher: 24. Juni in Dresden. Steinarbeiter: 13. Mai in München. Tabakarbeiter: 13. Mai in Hamburg. Tapezierer: 24. Juli in Köln. Textilarbeiter: 17. Juni in Stuttgart. Transportarbeiter: 9. Juni in Breslau. Xylographen: 23. September in Berlin. Zigarrensortierer: 13. Mai in Hamburg.

Die Generalkommission war auf allen diesen Tagungen mit Ausnahme des Verbandstages des Zentralverbandes der Asphalteure vertreten.

Die

gewerkschaftlichen Unterrichtskurse sind im Herbst 1912 wieder aufgenommen worden. Der erste Kursus fand statt in der Zeit vom 7. Oktober bis 16. November 1912 und war von 72 Teilnehmern besucht. Eine Aenderung des Vortragsprogramms machte sich infolge der Aenderung unserer Arbeiterversicherungsgeetze notwendig. Um mehr Zeit für Vorträge über die Reichsversicherungsordnung zu gewinnen, mußten die Vorträge über Bankwesen und Geldverkehr ausfallen.

Um den Arbeitersekretären Gelegenheit zu geben, sich mit dem durch die Reichsversicherungsordnung erheblich geänderten Recht der Arbeiterversicherung besser und schneller vertraut zu machen, wurden zwei Unterrichtskurse für Arbeitersekretäre in der Zeit vom 18. April bis 15. Mai und 3. bis 29. Juni 1912 abgehalten. An denselben nahmen 32 bzw. 30, zusammen 62 Arbeitersekretäre teil.

Vorgetragen wurde: über die Reichsversicherungsordnung 50 Stunden, den Arbeitsvertrag 14 Stunden, öffentliches Recht, Staatsbürgerrechte 20 Stunden, bürgerliches Recht 20 Stunden, Strafrecht und Strafprozeß 20 Stunden, Zivilprozeß und das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 12 Stunden.

Denjenigen Sekretariaten, die nicht in der Lage waren, die durch die Teilnahme ihres Sekretärs an dem Unterrichtskursus entstehenden Kosten allein zu tragen, wurden seitens der Generalkommission Zuschüsse gewährt.

„Correspondenzblatt“, „L'Operaio Italiano“, „Oswiata“ und Broschüren.

Das „Correspondenzblatt“ ist mit Beginn des Jahres 1912 durch die Herausgabe der „Arbeiterrechts-Beilage“, die bis Ende Juni im Umfange von je 8 Seiten, von da ab aber 16seitig erschien, erweitert worden. Die „Arbeiterrechts-Beilage“ hat die Aufgabe, in erster Linie der Rechtspraxis der Gewerkschaften zu dienen und möglichst volle

Klärung über die Anwendung des Rechts auf allen Gebieten zu schaffen. Gab die Neueinführung der Reichsversicherungsordnung mit ihrer gewaltigen Fülle neuer Rechtsfragen zur Herausgabe dieser Beilage den unmittelbaren Anstoß, so drängte zu diesem Schritt nicht minder die sich täglich schärfer gestaltende Praxis auf dem Gebiete des Koalitions-, Vereins- und Strafrechts, aus welcher wir die Waffen zur Verteidigung des Koalitionsrechts gegen die in Kürze zu erwartenden Angriffe schmieden müssen. Ebenso machten die wachsenden Komplikationen der rechtlichen Behandlung der Tarifverträge die Schaffung eines Organs notwendig, das sich eingehender mit den sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen beschäftigen kann, als es seither im „Correspondenzblatt“ möglich war. Es ist indes nicht beabsichtigt, in der „Arbeiterrechts-Beilage“ sozialpolitische Fragen zu erörtern oder aus der Rechtspraxis sozialpolitische Schlussfolgerungen für die Reform der Gesetzgebung zu ziehen, — das soll nach wie vor dem „Correspondenzblatt“ vorbehalten bleiben. Das gegebene Recht in möglichst weiten Grenzen für die Arbeiter nutzbar zu machen, dieser Aufgabe soll sich die „Arbeiterrechts-Beilage“ vor allem widmen. Ein besonders eingehend ausgearbeitetes Jahresinhaltsverzeichnis erleichtert das Studium dieser neuen Rechtsammlung ganz wesentlich. Die bisherige Entwicklung derselben und die stetig wachsende Beachtung, deren sie sich in allen Kreisen der Rechtspraxis erfreut, berechtigen uns zu der Hoffnung, daß sie diese Aufgabe erfüllen wird.

Infolge der speziellen Behandlung aller Rechtsfragen konnte auch dem gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Inhalt des „Correspondenzblattes“ ein größerer Raum gewährt werden. Die Statistischen Beilagen, Literaturbeilagen und Adressenbeilagen sind mit Sorgfalt bearbeitet worden. Die Zahl der Mitarbeiter des Blattes ist ständig im Wachsen begriffen und legt Zeugnis ab von der Wertschätzung, deren sich unser Blatt in allen Gewerkschaftskreisen erfreut. Die Auflage des Blattes betrug Ende 1911: 28 400, Ende 1912: 30 000 Exemplare. Dazu kommt eine Sonderausgabe der „Arbeiterrechts-Beilage“ für die Arbeitervertreter in den Instanzen der Sozialversicherung usw., die an die Gewerkschaftskartelle auf Bestellung zur Weiterverfendung an die genannten Bezirke besonders expediert wird. Diese Sonderausgabe betrug am Jahresluß 5000 Exemplare.

Das in italienischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsorgan „L'Operaio Italiano“ hatte im Berichtsjahre eine Auflage von 10 184 Exemplaren gegen 9332 im Vorjahre. Die Auflage des polnischen Gewerkschaftsblattes „Oswiata“ stieg im Berichtsjahre auf 8034 Exemplare gegen 6678 des Vorjahres. Von der Generalkommission wurden an Broschüren herausgegeben: „Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge“ von Th. Leipart; Nachtrag zur vierten Ausgabe des Literaturverzeichnisses; Berichte der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an den II. Internationalen Heimarbeitertag 1912 in Zürich; Das Hausarbeitsgesetz; Materialien zu den Vorträgen über Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht in den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen; Die Wahlen der Versicherten zu den Organen der Versicherungsträger und zu den Versicherungsbehörden. Ferner die Flugchrift zur

entsprach, so wurde er für diesen Posten gewählt. In dem Sekretariat in Saarbrücken ist insofern eine Aenderung eingetreten, als der Bergarbeiterverband einen erheblichen Teil der Kosten für das Sekretariat übernommen hat. Dafür stellte er die Anforderung, daß der neu einzustellende Sekretär aus Bergarbeiterkreisen entnommen wird, weil seine Haupttätigkeit die Bearbeitung der Rechtsangelegenheiten der Bergarbeiter ist. Diesem Wunsche des Bergarbeiterverbandes wurde Rechnung getragen.

Die Anforderungen auf Zuschüsse zur Errichtung von Arbeitersekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftssekretären sind die gleichen geblieben wie in den Vorjahren. Es kann nicht allen diesen Wünschen Rechnung getragen werden, so berechtigt sie im Einzelfall sein mögen. Die Aenderung in dem Gerichtsverfahren über Ansprüche aus der Versicherungsgesetzgebung wird die Errichtung von Arbeitersekretariaten in mehreren Orten notwendig machen. Wenn auch für einzelne dieser Sekretariate ein Zuschuß seitens der Generalkommission erforderlich sein wird, so müssen in der Hauptsache die organisierten Arbeiter in den Bezirken der Oberversicherungsämter die Kosten selbst tragen, wenn sie ihre Rechtsansprüche sachgemäß vertreten wollen. Es wird zur Durchführung dieser Vertretung die Errichtung von Bezirksstellen, abgegrenzt nach den Bezirken der Oberversicherungsämter, notwendig sein.

Agitatorischen Zwecken diente auch die Reise des Vorsitzenden der Generalkommission in den Vereinigten Staaten. Sie erstreckte sich auf die wichtigsten Industriestädte des Landes von New York bis Los Angeles und Seattle an der Westküste und dauerte von Anfang April bis Ende Juli 1912. Die Einladung zu dieser Agitationstour ging von der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten und der American Federation of Labor aus. Der erste Teil der Versammlungen wurde von der letzteren, der zweite Teil von der Partei arrangiert. Die Reise selbst und die Beobachtungen und Erfahrungen über die Arbeiterbewegung des Landes werden in einem in einigen Monaten erscheinenden besonderen Bericht geschildert werden.

#### Statistik.

Von den Statistiken, welche im Bureau der Generalkommission regelmäßig bearbeitet werden, hat nur die Streikstatistik insofern eine Erweiterung erfahren, als nunmehr auch für die Lohnbewegungen eine Uebersicht nach Bundesstaaten und Provinzen geordnet, gegeben wird. Die sehr umfangreiche und zeitraubende Arbeit des Vergleichs der Ergebnisse der amtlichen mit denen der gewerkschaftlichen Streikstatistik muß vorläufig noch weiter gemacht werden. Obgleich Jahr für Jahr nachgewiesen wird, daß die amtliche Statistik unvollständig und unrichtig und deshalb ohne wissenschaftlichen Wert ist, hat sich das Reichsamt des Innern zu einer Aenderung nicht entschließen können. Bei der jetzt abgeschlossenen Etatsberatung hat zwar ein Regierungsvertreter in der Budgetkommission erklärt, daß eine Aenderung in der Aufnahme der amtlichen Statistik erfolgen werde, doch ist nicht bekannt, welcher Art diese Aenderungen sein und wann sie eintreten werden. Von dem Reichsstatistischen Amt ist eine Statistik über den Umfang der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung aufgenommen worden. Von den Verbandsvorständen wurde das erforderliche Material bereitwillig geliefert. Es wäre dringend notwendig, daß seitens des Statistischen Amtes auch festgestellt

wird, inwieweit die Arbeitsnachweise der Unternehmerorganisationen unrechtmäßigerweise mit großen Zahlen über die Vermittlung operieren. Vielfach sind diese Arbeitsnachweise nur Kontrollstellen. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch andere Stellen, jedoch sind die Arbeiter dann gezwungen, vor Antritt der Arbeit sich bei dem Unternehmernachweis zu melden. Diese Meldung, die mit der Arbeitsvermittlung nichts zu tun hat, sondern bezweckt, die Arbeiter einer Kontrolle über ihre Gesinnung und Organisationszugehörigkeit zu unterwerfen, wird dann als Arbeitsvermittlungsfall gebucht. Diesem Anflug sollte durch genaue Prüfung der Zahlenangaben der Unternehmernachweise seitens des Statistischen Amtes gesteuert werden.

Für die internationale Baufachausstellung in Leipzig sind im Bureau der Generalkommission graphische Darstellungen über Unfälle, die Erkrankungs- und Todesfälle der Arbeiter des Baugewerbes hergestellt worden. Für die Unfälle ist die Darstellung nach den Berichten der Berufsgenossenschaften angefertigt. Ueber Erkrankungs- und Todesfälle der Arbeiter des Baugewerbes werden nach den Berichten der Ortskrankenkassen in Berlin, Dresden, Königsberg, Straßburg i. Elß. und Stuttgart graphische Darstellungen unter Vergleich mit der Gesamtziffer der Erkrankungs- und Todesfälle angefertigt. Das Material wird in dem seitens der beteiligten Gewerkschaften errichteten Gebäude, das in dem Ausstellungsplan als „Pavillon der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bezeichnet wird, ausgestellt werden.

#### Kongresse, Konferenzen, Generalversammlungen.

Auf besonderen Wunsch der Confédération Générale du Travail entsandte die Generalkommission einen Vertreter zu dem vom 16. bis 22. September 1912 in Havre abgehaltenen französischen Gewerkschaftskongreß. An den Verhandlungen des 8. skandinavischen Arbeiterkongresses in Stockholm (2. bis 5. September 1912) und des daran anschließenden schwedischen Gewerkschaftskongresses nahmen zwei Vertreter der Generalkommission teil. Es standen taktische und organisatorische Streitfragen zur Entscheidung, zu deren befriedigender Lösung die Vertreter der Generalkommission, gestützt auf die Erfahrungen in Deutschland, erfolgreich beigetragen haben.

Der zweite internationale Heimarbeiterkongreß tagte vom 8. bis 9. September 1912 in Zürich. Die Generalkommission hatte zwei schriftliche Referate über:

1. Die gewerkschaftlichen Centralverbände Deutschlands und die Heimarbeitsgesetzgebung.
2. Die gewerkschaftlichen Centralverbände Deutschlands und die gewerkschaftliche Wetämpfung bzw. Regelung der Heimarbeit

in deutscher, englischer und französischer Sprache erstattet, sowie zwei Delegierte zu der Tagung entsandte. Ueber die Verhandlungen des Kongresses und die gefaßten Entschlüsse ist in Nr. 39 des „Correspondenzblattes“ vom 28. September 1912 berichtet worden.

Auf dem 9. Konsumgenossenschaftstag in Berlin war die Generalkommission wie in früheren Jahren vertreten. Auch verschiedene Bezirkskonferenzen der Gewerkschaftskartelle und ein allgemeiner Freieurogehilfentkongreß wurden durch Delegierte besichtigt.

Agitation unter den Arbeiterinnen „An alle Kolleginnen“.

#### Arbeiterinnensekretariat.

Zur Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen ist im Berichtsjahre vom Sekretariat ein Flugblatt: „Allen Kolleginnen zur Beachtung!“ herausgegeben worden, das bereits in einer Auflage von 400 000 Exemplaren Verbreitung gefunden hat. Weiter ist eine Bearbeitung des Hausarbeitsgesetzes in einer kleinen Broschüre erfolgt, die in leicht verständlicher Weise das Wesen und die Bedeutung des Hausarbeitsgesetzes erläutert, Ratschläge für die Durchführbarkeit des Gesetzes gibt und gleichzeitig agitatorisch wirkt. Die Schrift hat bisher in 74 000 Exemplaren Abfaß gefunden.

Ueber die Wirksamkeit der auf Anregung des Sekretariats errichteten Beschwerdestellen für Arbeiterinnen kann noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. Nach den eingegangenen Berichten hat es den Anschein, als ob diese Einrichtung bei dem gegenwärtigen Stande der gewerkschaftlichen Organisationen weniger von Wichtigkeit ist, weil die erforderlichen Arbeiten zum großen Teil von den Zweigvereinen der Verbände ausgeführt werden. Es wird noch einmal der Versuch gemacht werden, die Beschwerdestellen der Durchführung des Arbeiterinnenschutzes dienstbar zu machen.

Auch in diesem Jahre konnten für eine Reihe Versammlungen und einige Versammlungstouren für Gewerkschaften Rednerinnen vermittelt werden. Die weitere Tätigkeit des Sekretariats erstreckte sich wie in den Vorjahren auf die Sammlung und Bewertung von Agitationsmaterial. Die für die einzelnen Verufe gewonnenen Materialien sind in Artikeln und Notizen verarbeitet, die den Redaktionen der in Frage kommenden Verbandsorgane zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurden.

Außerdem werden im Sekretariat die Kassengeschäfte des Hausangestelltenverbandes erledigt.

#### Kasse.

Die Abrechnung für das Jahr 1912 weist gegen die des Jahres vorher eine nicht unbedeutende Steigerung der Einnahmen und Ausgaben nach. Die Mehreinnahme von 43 352,35 Mk. ist zurückzuführen auf die Zunahme der Mitgliederzahlen der Verbände und auf einen größeren Zinsgewinn. Die Mehrausgabe beläuft sich auf 60 838,63 Mk. Der größte Teil davon, 37 433,99 Mk., entfällt auf Agitation, während sich der Rest der Mehrausgabe auf die drei von der Generalkommission herausgegebenen wöchentlichen Zeitungen und die Sozialpolitische Abteilung verteilt. Die Mehrausgabe für das „Correspondenzblatt“ beträgt allein rund 10 500 Mk., die im wesentlichen dadurch entstanden ist, daß dem „Correspondenzblatt“ eine neue, die „Arbeiterrechts-Beilage“ beigegeben wurde.

Zu der Abrechnung über Streiks und Ausperrungen ist zu bemerken, daß der für die Tabakarbeiter aufgeführte Betrag nicht den Gesamtertrag dieser Sammlung darstellt, 425 387,74 Mk. davon sind bereits im Jahre vorher verrechnet. Im ganzen sind also 953 036,71 Mk. für die Tabakarbeiter eingegangen, davon wurden aber, weil zu viel abgeliefert, 75 913,99 Mk. an die Vorstände der Centralverbände zurückgesandt. Die Verbände leisteten Unterstützungsbeiträge pro Kopf der Mitglieder. Ehe die diesbezügliche Vereinbarung getroffen wurde, hatten einige Vorstände Beträge eingesandt, die den nach dem Umlageverfahren auf sie entfallenden Betrag überstiegen. Diese zu viel gezahlten Summen wurden nach Abschluß der Rechnung zurückerstattet.

Im übrigen gibt die folgende Abrechnung über alle Einzelheiten genügende Auskunft.

Berlin, 28. April 1913.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

### Jahresabrechnung 1912.

#### Einnahme:

a) Generalkommission:			
1. Bestand am Schluß des Jahres 1911			442 861,71 Mk.
2. Beiträge der Gewerkschaften		319 581,98	
3. Für den Verband der Land- und Forstarbeiter		22 500,—	
4. „Unterrichtskurse		26 449,90	
5. Verlag		10 753,66	
6. Zinsen		16 499,48	
7. Diverse Einnahmen		8 057,88	408 842,90 „
b) „Correspondenzblatt“:			
1. Gewerkschaftskartelle und Ortsverwaltungen		5 784,29	
2. Abonnements		4 854,92	
3. Einzelverkauf		199,80	10 779,01 „
c) „L'Operaio Italiano“:			
1. Beteiligte Gewerkschaften		12 982,57	
2. Abonnements		80,16	13 062,73 „
d) „Oswiata“:			
1. Beteiligte Gewerkschaften		9 114,94	
2. Abonnements		27,84	9 142,78 „
		<b>Summa</b>	<b>879 689,13 Mk.</b>
		<b>Ausgabe:</b>	
a) Generalkommission:			
1. Agitation:			
a)	Agitationskommission für Ost- und nördliches Westpreußen	7 000,—	
b)	„ „ „ südliches Westpreußen und Posen	6 100,—	
c)	„ „ „ Oberschlesien	10 500,—	
d)	„ „ „ Schlesien	2 100,—	

e)	Agitationskommission für Siegerland	7 000,—	
f)	" " Rheinland	600,—	
g)	" " Saargebiet	1 200,—	
h)	" " Elsaß-Lothringen	5 000,—	
i)	" " Oberfranken	2 500,—	
k)	" " Südbayern	879,15	
l)	Arbeitersekretariat Rattowitz (D.-Schl.)	7 700,—	
m)	" " Saarbrücken (Saargebiet)	3 600,—	
n)	Mietszuschüsse	600,—	
o)	Prozesskosten	896,41	
p)	Verband der Hausangestellten	15 300,—	
q)	" " Land- und Forstarbeiter	45 000,—	
r)	Zuschüsse an Gewerkschaftskartelle	2 570,44	
s)	" " Arbeitersekretariate	9 651,35	
t)	Allgemeine Agitation	40 160,78	168 858,13
2.	Kongresse und Konferenzen:		
a)	Generalversammlungs-Delegationen	1 502,20	
b)	Konferenzen der Zentralvorstände	2 050,95	
c)	Internat. Kongresse und Konferenzen	1 601,56	
d)	Diverse Konferenzen	302,20	5 456,91
3.	Bücher und Zeitschriften:		
a)	Bücher	493,44	
b)	Zeitschriften	221,30	
c)	Buchbinderarbeiten	55,90	770,64
4.	Drucksachen		8 799,45
5.	Beitrag an den internat. Sekretär		3 480,—
6.	Berwaltungskosten:		
	sächliche:		
a)	Miete, Heizung, Licht und Telephon	5 636,18	
b)	Bureaureinigung	2 142,46	
c)	Schreibmaterial und Bureauutensilien	2 887,62	
d)	Porto des Vorsitzenden, Kassierers und Arbeiterinnen-Sekretariat	1 686,10	12 352,36
	persönliche:		
a)	Gehälter	25 100,—	
b)	Sitzungs- und Revisionsentschädigung	814,42	
c)	Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invalidenversicherung	288,—	26 202,42
7.	Unterrichtskurse:		
a)	Schulutenensilien	382,15	
b)	Bücher und Zeitungen	66,87	
c)	Miete, Licht, Heizung	484,—	
d)	Drucksachen und Inserate	29,05	
e)	Porto	37,60	
f)	Lehrer-Honorar	5 154,—	
g)	Bezüge der Kurjusteilnehmer	26 158,80	
h)	Bücherglieferung an die Kurjusteilnehmer	725,49	33 037,76
8.	Verlag		23 779,35
9.	Wausach-Ausstellung		11 990,67
10.	Diverse Ausgaben		75,42
			294 303,11 DM.
b)	„Correspondenzblatt“:		
1.	Redaktion:		
a)	Gehälter	7 200,—	
b)	Honorar für Mitarbeiter	6 042,12	
c)	Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	72,—	
d)	Schreibmaterial und Bureauutensilien	104,55	
e)	Zeitungen	619,36	
f)	Porto	23,32	14 061,35
2.	Druck und Papier		50 782,55
3.	Expedition		9 775,03
			74 618,93 DM.
c)	„L'Operaio Italiano“:		
1.	Redaktion:		
a)	Gehälter	2 866,66	
b)	Honorar für Mitarbeiter	1 176,02	
c)	Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	27,—	
d)	Bücher und Zeitungen	176,02	
e)	Drucksachen	17,50	
f)	Porto	113,92	
g)	Diverse Ausgaben	1 127,90	5 505,02

2. Druck und Papier . . . . .	12 584,80		
3. Expedition . . . . .	1 447,15	19 486,97	Wf.
d) „Oswiata“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter . . . . .	3 000,—		
b) Honorar für Mitarbeiter . . . . .	1 000,58		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft . . . . .	86,—		
d) Bücher und Zeitungen . . . . .	161,97		
e) Schreibmaterial . . . . .	16,55		
f) Miete, Licht, Heizung . . . . .	292,50		
g) Porto . . . . .	25,21	4 582,76	
2. Druck und Papier . . . . .		7 720,40	
3. Expedition . . . . .		2 044,29	14 297,45 „
e) Central-Arbeitersekretariat:			
Verwaltungskosten:			
sächliche:			
a) Schreibmaterial und Bureauutensilien . . . . .	515,80		
b) Bücher und Zeitschriften . . . . .	494,25		
c) Drucksachen . . . . .	282,50		
d) Porto . . . . .	1 179,90	2 471,95	
persönliche:			
a) Gehälter . . . . .	16 641,67		
b) Aushilfe . . . . .	270,—		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invaliden-			
versicherung . . . . .	259,08		
d) Diverse Ausgaben . . . . .	151,60	17 322,35	19 794,30 „
f) Sozialpolitische Abteilung:			
Verwaltungskosten:			
sächliche:			
a) Schreibmaterial und Bureauutensilien . . . . .	248,45		
b) Bücher und Zeitungen . . . . .	1 168,96		
c) Drucksachen . . . . .	547,60		
d) Porto . . . . .	152,81		
e) Diverse Ausgaben . . . . .	823,35	2 986,17	
persönliche:			
a) Gehälter . . . . .	18 658,—		
b) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invaliden-			
versicherung . . . . .	228,—	18 886,—	21 822,17 „
g) Vermögensbestand:			
a) Bankguthaben . . . . .	904 881,25		
b) Effekten . . . . .	72 823,50		
c) Debitoren . . . . .	88 815,59		
d) Kasse der Generalkommission . . . . .	18 582,84		
e) „ „ „L'Operaio Italiano“ . . . . .	61,88		
f) „ „ „Oswiata“ . . . . .	251,09	435 866,20	„
	Summa . . . . .	879 689,18	Wf.

### Streiks und Aussperrungen 1912.

1. Bestand am Schluß des Jahres 1911 . . . . .		78 722,42	Wf.
2. Aussperrung der Tabakarbeiter:			
a) Centralvorstände . . . . .	325 438,85		
b) Ortsverwaltungen . . . . .	5 193,75		
c) Gewerkschaftskartelle . . . . .	96 117,92		
d) Sonstige Sammlungen . . . . .	898,45	427 648,97	„
3. Aussperrung der Porzellanarbeiter:			
a) Centralvorstände . . . . .	4 000,—		
b) Ortsverwaltungen . . . . .	4 834,72		
c) Gewerkschaftskartelle . . . . .	87 026,81		
d) Sonstige Sammlungen . . . . .	501,78	95 863,31	„
4. Streik der Bergarbeiter:			
a) Centralvorstände . . . . .	32 341,60		
b) Ortsverwaltungen . . . . .	3 494,15		
c) Gewerkschaftskartelle . . . . .	20 896,65		
d) Sonstige Sammlungen . . . . .	2 872,85	59 105,25	„
5. Streik der Transportarbeiter in England:			
Centralvorstände . . . . .		84 550,—	„
6. Zinsen: . . . . .		8 526,26	„
	Summa . . . . .	699 416,21	Wf.



		Ausgabe:	
1.	Verband der Tabakarbeiter . . . . .	356 505,07	
2.	" " Porzellanarbeiter . . . . .	85 000,—	
3.	" " Bergarbeiter . . . . .	30 000,—	
4.	Landescentrale England (Streik der Transportarbeiter) . . . . .	49 545,70	
5.	" " Belgien (Streik der Bergarbeiter in Mons) . . . . .	35,01	521 085,78 Mf.
6.	An die Centralvorstände zurück . . . . .		95 455,59 "
7.	Unkosten . . . . .		204,30 "
8.	Bestand . . . . .		82 670,45 "
		<b>Summa</b>	<b>699 416,21 Mf.</b>

Berlin, den 31. Dezember 1912.

Für die Richtigkeit: Hermann Kube, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren der Generalkommission:  
Adolf Cohen. Gustav Sabath.

Die Revisoren des Ausschusses:  
Gustav Gifler. Paula Thiede.

### Jahresbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1912.

Im Jahre 1912 wurden dem Central-Arbeitersekretariat insgesamt 2343 Sachen zur Vertretung überwiesen, die fast ausschließlich Fragen der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung oder der landesgesetzlichen Anwartschaftsversicherung betrafen. Daß sich nur 6 Zivilsachen darunter befinden, liegt daran, daß das Central-Arbeitersekretariat derartige Vertretungen in der Regel abzulehnen genötigt ist. Die meisten Einsendungen kamen natürlich von den Arbeitersekretariaten.

Es wurden eingesandt:

von den Arbeitersekretariaten . . . . .	1631,
von den Gewerkschaftskartellen . . . . .	41,
von den Rechtsauskunftsstellen . . . . .	68,
von den Vorständen und Verwaltungsstellen der gewerkschaftlichen Organisationen . . . . .	279,
von Klägern direkt und durch Vermittlung anderer Personen, auch Vorständen von politischen Organisationen . . . . .	324.

Die einzelnen Sekretariate waren an der Einwendung der Streitsachen wie folgt beteiligt:

Altenburg . . . . .	4	Darmstadt . . . . .	3
Arnstadt . . . . .	4	Deßau . . . . .	6
Aschaffenburg . . . . .	4	Dortmund . . . . .	69
Augsburg . . . . .	7	Dresden . . . . .	7
Bamberg . . . . .	7	Dresden-Döhlen . . . . .	19
Bernburg . . . . .	15	Düsseldorf . . . . .	36
Barmen . . . . .	14	Duisburg . . . . .	4
Bielefeld . . . . .	13	Elberfeld . . . . .	4
Bochum . . . . .	38	Erfurt . . . . .	8
Brandenburg . . . . .	4	Essen . . . . .	45
Braunschweig . . . . .	68	Eßlingen a. N. . . . .	5
Bremen . . . . .	22	Flensburg . . . . .	3
Bremerhaven . . . . .	8	Forst i. L. . . . .	34
Breslau . . . . .	37	Frankfurt a. M. . . . .	73
Burg . . . . .	22	Fürth . . . . .	5
Cassel . . . . .	9	Freiburg i. Br. . . . .	3
Castrop . . . . .	4	Freiburg i. Sch. . . . .	4
Chemnitz . . . . .	13	Gelsenkirchen . . . . .	37
Cöln a. Rh. . . . .	84	Gera . . . . .	7
Cottbus . . . . .	13	Gotha . . . . .	8
Crefeld . . . . .	8	Glabbe . . . . .	1
Danzig . . . . .	25	Glabbe . . . . .	16

Guben . . . . .	3	Meißen . . . . .	5
Hagen . . . . .	1	Minden . . . . .	12
Halberstadt . . . . .	6	München . . . . .	90
Halle a. S. . . . .	41	Mühlheim a. M. . . . .	1
Hamborn . . . . .	6	Neurode . . . . .	2
Hamm i. W. . . . .	16	Nürnberg . . . . .	33
Hamburg . . . . .	40	Nordhausen . . . . .	1
Hanau . . . . .	7	Oberhausen . . . . .	11
Hannover . . . . .	18	Offenbach a. M. . . . .	2
Harburg . . . . .	7	Pforzheim . . . . .	13
Heidelberg . . . . .	1	Plauen . . . . .	6
Herford . . . . .	3	Posen . . . . .	5
Hildesheim . . . . .	2	Pirna . . . . .	8
Hof i. B. . . . .	4	Recklinghausen . . . . .	13
Jena . . . . .	3	Remscheid . . . . .	4
Hierlohn . . . . .	4	Rosenheim . . . . .	1
Neuboh . . . . .	3	Rostock . . . . .	10
Karlsruhe . . . . .	23	Rudolstadt . . . . .	17
Kattowiz . . . . .	43	Saarbrücken . . . . .	12
Kiel . . . . .	16	Schweinfurt . . . . .	1
Königsberg . . . . .	10	Solingen . . . . .	9
Landeshut i. Sch. . . . .	4	Stettin . . . . .	39
Leipzig . . . . .	21	Strasbourg . . . . .	13
Lübeck . . . . .	25	Stuttgart . . . . .	29
Ludenwalde . . . . .	6	Vegeßack . . . . .	6
Lüdenscheid . . . . .	2	Waldenburg i. Sch. . . . .	6
Lützen . . . . .	2	Wiesbaden . . . . .	2
Lugau . . . . .	1	Weißenfels . . . . .	1
Magdeburg . . . . .	58	Würzburg . . . . .	7
Mainz . . . . .	24	Worms . . . . .	11
Mannheim . . . . .	40		
Meß . . . . .	1	<b>Summa . . . . .</b>	<b>1631</b>

Seit Bestehen des Sekretariats sind demselben überwiesen:

1903 . . . . .	633	Sachen
1904 . . . . .	963	"
1905 . . . . .	1093	"
1906 . . . . .	1197	"
1907 . . . . .	1352	"
1908 . . . . .	1774	"
1909 . . . . .	2170	"
1910 . . . . .	2416	"
1911 . . . . .	2465	"
1912 . . . . .	2343	"

Zu den neueingegangenen 2343 Streitsachen traten die aus den Vorjahren noch in der Schwebe gebliebenen, nämlich

Bezeichnung der Berufs-genossenschaft	Dem Refurse der Berufs-genossenschaft wurde			Dem bezw. der Verletzten wurde			Bergleich	Vertretung abgelehnt	Erledigt in anderer Weise	Zusammen	
	stattgegeben	teilw. stattgeb.	nicht stattgeb.	stattgegeben	teilw. stattgeb.	nicht stattgeb.					
Knappsch. . . . .	10	3	19	36	20	146	1	2	95	3	335
Steinbruch . . . . .	2	—	9	10	2	13	1	—	5	1	43
Feinmechanik und Elektrotechnik . . . . .	7	1	14	2	2	10	—	—	5	—	41
Südd. Eisen u. Stahl	9	6	19	2	4	3	21	—	24	1	99
Südwestf. Eisen u. St.	1	—	1	1	1	3	—	—	—	—	7
Rh.-Westf. Hütten- u. Walzwerk . . . . .	—	—	—	8	3	9	—	—	9	—	29
Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie	9	—	18	21	6	21	—	—	18	2	90
Süchl. Thür. Eisen u. Stahl	3	1	5	8	3	13	—	—	6	1	35
Nordöstl. Eis. u. Stahl	1	1	4	3	1	12	2	—	6	—	30
Schles. Eisen u. Stahl	—	—	—	6	1	13	2	—	4	—	26
Nordrh. Eisen u. Stahl	8	3	22	12	3	17	—	—	6	3	74
Süddeutsche Edel- u. Uedelmetall . . . . .	—	—	4	—	1	12	—	—	—	1	18
Nordb. Metall . . . . .	3	—	3	2	4	4	—	—	14	—	30
Musikinstr.-Industrie	1	1	1	2	2	4	—	—	—	1	6
Glas . . . . .	5	1	3	2	2	4	1	—	3	—	21
Töpferei . . . . .	1	—	—	3	—	4	—	—	4	—	12
Ziegelei . . . . .	5	1	10	8	3	8	1	—	4	—	40
Schornsteinfeger . . . . .	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Chemische Industrie	6	—	2	9	2	18	—	—	3	—	40
Gas- u. Wasserwerke	—	—	1	2	1	4	—	—	6	—	14
Leinen . . . . .	1	—	—	2	1	1	—	—	—	—	4
Norddeutsche Textil	7	—	8	3	1	8	1	—	9	—	37
Süddeutsche Textil	4	—	—	1	—	—	—	—	—	—	7
Rhein.-Westf. Textil	—	—	—	—	—	4	—	—	2	1	7
Schlesische Textil . . . . .	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1
Seiden . . . . .	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	3
Papiermacher . . . . .	1	—	7	1	2	7	1	—	—	—	19
Papierverarbeitung	1	—	4	1	—	6	—	—	—	—	12
Lederindustrie . . . . .	10	7	25	10	12	32	2	1	15	2	116
Norddeutsche Holz	5	1	5	4	2	1	—	—	6	—	24
Südwestdeutsche Holz	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20
Bayerische Holz . . . . .	1	1	1	3	—	6	—	—	7	—	20
Müllerei . . . . .	2	1	5	2	2	8	—	—	5	1	30
Nahrungsmitteleind.	—	—	2	7	2	5	—	—	6	1	16
Zucker . . . . .	—	—	2	3	—	5	—	—	3	1	13
Wollerei u. Brennerei	7	8	10	9	1	22	—	2	8	1	63
Brauerei u. Mälzerei	—	—	—	2	1	5	—	—	3	—	13
Tabak . . . . .	—	—	2	1	—	—	—	—	3	—	3
Bekleidungsindustrie	1	—	4	2	1	6	—	—	3	—	16
Hamburg. Baugewert	—	1	14	1	8	3	22	6	7	3	65
Nordöstl. Baugewert	3	—	—	5	2	12	—	—	3	—	26
Schlesisch-Polensche Baugewert	8	—	8	7	2	13	—	—	3	—	32
Hannob. Baugewert	1	1	8	5	—	8	—	1	2	1	27
Magdeb. Baugewert	2	1	1	2	6	2	—	—	2	—	16
Sächsische Baugewert	—	—	2	3	—	1	—	—	—	—	6
Thüring. Baugewert	3	—	8	2	2	8	—	—	7	1	30
Hessen-Nass. Baugew.	6	—	7	6	2	7	—	—	3	—	25
Rh.-Westf. Baugewert	3	4	7	2	1	5	—	—	4	—	25
Südwestd. Baugewert	5	1	4	3	—	8	—	—	3	—	25
Deutsche Buchdrucker	—	—	1	2	1	5	—	—	1	—	10
Strassen- u. Kleinbahn	8	1	7	9	3	23	2	—	13	—	69
Privatbahn . . . . .	3	2	6	5	1	5	—	2	3	1	28
Lagerer . . . . .	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Frühverw. . . . .	1	—	—	2	—	3	—	—	—	—	6
Westd. Binnenschiff . . . . .	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	3
Eisenfabrik . . . . .	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Ostb. Binnenschiffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
See . . . . .	9	—	20	8	2	24	—	—	8	2	78
Tiefbau . . . . .	—	—	—	2	1	3	—	—	2	—	8
Fließerei . . . . .	2	—	7	1	—	1	—	—	2	1	14
Schmelze . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staatliche Aus-führungsbehörden	2	—	1	2	—	10	—	—	5	3	23
Kommunale Aus-führungsbehörden	—	—	—	4	1	1	—	—	2	—	8
Landwirtschaft . . . . .	1	8	11	21	5	41	2	—	15	2	101
Summa	164	45	320	295	108	669	25	9	361	32	2034

Knappschafftsachen

wurden 30 im Revisionsverfahren vor dem Oberschiedsgericht in Knappschafftsangelegenheiten er-

ledigt. Hiervon wurde in 20 Fällen die Revision der Kläger zurückgewiesen. In 4 Streitfällen erfolgte die Zurückverweisung an das Schiedsgericht, in 2 Fällen wurde der beklagte Knappschafftsverein verurteilt, in 2 Fällen der Revision des Versicherungs-trägers stattgegeben. Eine Streitfache fand ihre Erledigung durch Vergleich, in einer anderen wurde die Revision des Versicherungs-trägers zurückgewiesen.

Sonstiges.

Sonstige, nicht zu bearbeitenden Sachen betreffende Anfragen, die sich auf alle Rechtsgebiete verteilen, gingen 779 ein, die 831 schriftliche Auskünfte notwendig machten.

Posteingänge.

Monat	Gesamtzahl	Schriftsätze u. Briefe	Karten	Postan-meldung	Patente	Druck- u. Geschäfts-papiere
Januar . . . . .	780	787	28	9	2	4
Februar . . . . .	780	790	29	11	13	6
März . . . . .	847	780	40	10	9	8
April . . . . .	834	793	30	6	4	1
Mai . . . . .	806	776	19	4	7	—
Juni . . . . .	827	780	23	8	2	5
Juli . . . . .	639	596	25	7	9	2
August . . . . .	598	561	17	9	7	4
September . . . . .	694	646	29	9	9	1
Oktober . . . . .	860	798	36	9	14	3
November . . . . .	844	808	27	6	2	1
Dezember . . . . .	783	780	29	7	7	1
Summa . . . . .	9301	8753	332	95	85	36

Postausgänge.

Monat	Gesamtzahl	Schriftsätze u. Briefe	Karten	Postan-meldung	Patente	Druck- u. Geschäfts-papiere
Januar . . . . .	913	787	56	11	—	59
Februar . . . . .	888	761	62	9	1	55
März . . . . .	897	795	55	5	—	42
April . . . . .	874	738	76	6	—	54
Mai . . . . .	871	741	61	10	1	58
Juni . . . . .	847	740	56	10	1	40
Juli . . . . .	787	676	48	9	1	53
August . . . . .	532	496	14	2	—	20
September . . . . .	1406	956	40	6	—	404
Oktober . . . . .	944	832	53	13	1	45
November . . . . .	893	795	43	15	1	39
Dezember . . . . .	831	714	39	9	—	69
Summa . . . . .	10633	9031	603	105	6	938

Uebersicht über die Zahl der angefertigten Schriftsätze.

Monat	Eingaben an das Reichs-rungsamt	Eingaben an das Ober-rungsamt	Beiträge auf Mitteil-ung einricht	Sonstige Schriftsätze
Januar . . . . .	111	16	10	8
Februar . . . . .	139	22	7	7
März . . . . .	119	28	14	4
April . . . . .	111	14	14	4
Mai . . . . .	132	9	10	9
Juni . . . . .	119	7	9	7
Juli . . . . .	106	9	17	5
August . . . . .	68	4	8	5
September . . . . .	120	8	12	2
Oktober . . . . .	153	19	10	5
November . . . . .	121	10	15	4
Dezember . . . . .	134	19	20	3
Summa . . . . .	1433	165	146	63

aus dem Jahre 1909 . . .	1 Sache
" " " 1910 . . .	38 Sachen
" " " 1911 . . .	808 "

Zu bearbeiten waren demnach insgesamt 3190 Sachen, von denen 2165 erledigt wurden. Rückständig blieben:

aus dem Jahre 1909 . . .	1 Sache
" " " 1910 . . .	2 Sachen
" " " 1911 . . .	87 "
" " " 1912 . . .	935 "

Sa. 1025 Sachen

Von den 2165 Sachen, die erledigt wurden, waren

- 1994 Unfallsachen,
- 135 Invalidentaschen,
- 30 Knappschaftssachen,
- 6 Zivilsachen.

Die nachstehende Uebersicht läßt den Streitgegenstand und den Ausgang der Streitverfahren erkennen:

Gegenstand des Streits	Zahl der Fälle	Die Sache wurde für den Verletzten bzw. die Hinterbliebenen erledigt		Von 6 ungünstig erledigt. Sachen wurde b. Berret. abgelehnt i. Fäll.
		günstig	ungünstig	
Anerkennung des Betriebsunfalls . . . . .	140	56	84	14
Höhe der ersten Rente . . . . .	273	130	143	50
Herabsetzung der Rente . . . . .	1181	479	702	221
Ob Krankheit oder Unfallfolge . . . . .	154	50	104	34
Verschlimmerung der Unfallfolgen . . . . .	75	21	54	19
Hilflosenrente . . . . .	2	2	—	—
Hinterbliebenenrente . . . . .	130	45	85	14
Pfändentenrente . . . . .	18	3	10	3
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes . . . . .	7	6	1	—
Unzulässiger Rekurs . . . . .	1	—	1	—
Wiederaufnahme des Verfahrens . . . . .	2	—	2	1
Verjährung . . . . .	16	4	12	5
<b>Summa . . . . .</b>	<b>1994</b>	<b>796</b>	<b>1198</b>	<b>361</b>

Wie in den früheren Jahren sind auch diesmal die Teilerfolge den Entscheidungen mit günstigem Ausgang zugezählt worden.

Leider mußte auch im Jahre 1912 in einem verhältnismäßig großen Teil der Sachen die Vertretung abgelehnt werden, weil der Anspruch gänzlich aussichtslos erschien. Die Ablehnung ist dabei keineswegs immer von vornherein erfolgt, in vielen der als abgelehnt gebuchten Sachen ist die Vertretung im ersten Termin übernommen und dabei weitere Beweiserhebung durchgesetzt worden, die leider dann das gewünschte Resultat nicht zeitigte.

Für Erscheinen der Verletzten im Termin, für beigebrachte Gutachten oder sonstige für erforderlich gehaltene Ausgaben sind die Berufsgenossenschaften in 190 Fällen zur Zahlung von 2618,60 Mk. verurteilt worden. Dabei sei bemerkt, daß bei der Unentgeltlichkeit der Vertretung durch die Arbeitersekretariate und das Central-Arbeitersekretariat Kostenanträge von uns nur gestellt werden, wenn dem Verletzten nachweislich besondere Kosten entstanden sind. Eigentümlich berührt sehr häufig die Bewertung geistiger Arbeit durch das Reichsversiche-

rungsamt, wenn es sich um die Festsetzung der zu erstattenden Kosten für von den Verletzten oder Hinterbliebenen beigebrachte ärztliche Gutachten handelt. Es kommt vor, daß Beratungen über Kostenanträge beinahe so lange dauern wie Beratungen über die Hauptfrage und daß sie schließlich damit enden, daß von dem liquidierten Betrag 5 Mk. abgezogen werden. Es mag sein, daß die Gutachter den Berufsgenossenschaften und den Gerichten geringere Beträge als den Verletzten in Rechnung stellen, weil sie häufiger von ihnen herangezogen werden, während der Verletzte als einmaliger Auftraggeber erscheint. Diesem Umstande sollte das Reichsversicherungsamt jedoch auch dann Rechnung tragen, wenn ein verhältnismäßig hoher Betrag gefordert wird. Es tut dies leider in der Regel nicht.

In der Natur der Sache liegt, daß die meisten Streitfälle vor dem Reichsversicherungsamt erledigt wurden. Von den Unfallsachen waren dies 1967. Die verbleibenden 27 wurden endgültig im Berufungsverfahren erledigt. Wurde eine Streitsache uns auch bereits im Berufungsverfahren übergeben, so wurde sie, auch wenn sich ein Rekursverfahren angeschlossen, nur einmal, und zwar als Rekursache, gebucht.

Wie sich die verschiedenen Streitfälle auf die einzelnen Versicherungsträger verteilen, geht aus der nebenstehenden Tabelle hervor. Die Fälle, die die Unfallversicherungsanstalten der Bauergewerks- und der Seeberufsgenossenschaft angingen, sind dabei den betreffenden Berufsgenossenschaften zugezählt worden. Wenn in der Tabelle 40 Fälle mehr angeführt wurden als vorn, so erklärt sich die Differenz aus dem Umstande, daß in 40 Fällen von beiden Parteien Rekurs eingelegt worden ist. Aus der Tabelle ist auch zu ersehen, wie die einzelnen Fälle erledigt wurden. Erläuternd sei dazu angeführt, daß unter den Fällen, die „in anderer Weise“ erledigt wurden, solche zu verstehen sind, die ihre Erledigung durch Zurückverweisung an die Vorinstanzen oder durch Anerkennung des Anspruchs durch die Versicherungsträger fanden.

**Invalidentaschen.**

In Invalidentrentenstreitsachen ist nur die Revision zulässig. Dadurch wird von vornherein die Tätigkeit des Central-Arbeitersekretariats auf diesem Gebiete eingeeengt. Auch in diesem Jahre mußte, weil die Revisionsgründe fehlten, bei einer großen Anzahl von eingesandten Sachen es abgelehnt werden, die Revision überhaupt einzulegen. Abgelehnt wurde von den erledigten 135 Sachen die Vertretung in 9 Fällen. In der Berufungsinstanz wurden 10 Fälle erledigt, davon nur einer endgültig mit Erfolg. Die 116 Revisionsachen hatten folgendes Ergebnis:

Es wurde auf das Rechtsmittel des

	Revisions- trügers	
	Revisoren	Verletzten
	Zahl der Fälle	
Die Revision zurückgewiesen . . . . .	12	53
Der Revision stattgegeben . . . . .	4	3
Die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Ober-Versicherungs-Amt zurückgewiesen . . . . .	18	23
Die Revision zurückgenommen . . . . .	—	3

Jahr	Zahl der Witwen mit		Zahl der Waisen mit		Zahl der Witwen die		Zahresbetrag der Witwen- u. Waisen- unterstützung Mk.	Zahl der Invalid. mit		Zahl der Invalid. die		Zahresbetrag der Invaliden- unterstützung Mk.
	voller Unter- stützung	halber	voller Unter- stützung	halber	gestorben	verheiratet		voller Unter- stützung	teil- weiser	gestorben	erwerbs- fähig	
1903	4	—	5	—	—	—	3300	—	—	—	—	—
1904	7	—	20	—	1	—	5600	—	—	—	—	—
1905	12	—	27	—	—	—	9100	—	—	—	—	—
1906	17	3	35	—	—	—	13800	—	—	—	—	—
1907	20	4	39	—	2	—	15900	3	—	—	—	2700
1908	30	3	45	—	2	—	22300	3	—	1	—	2700
1909	38	8	57	16	1	—	30600	5	—	—	—	4500
1910	48	13	79	34	—	—	40450	13	—	—	—	11700
1911	59	15	80	35	—	—	47800	15	—	1	1	13500
1912	72	16	85	39	—	—	56450	17	2	3	—	18248

Es sind in der Tabelle Witwen- und Kinderrenten zusammengezogen, da die Witwe die Empfängerin des Rentenbetrages ist. Geteilt nach Witwen- und Kinderrente gewährt die Vereinigung am Jahresschluß an 88 Witwen 47 800 Mk. Jahresrente und an 124 Kinder 8650 Mk. Kinderrente; an 5 Kinder 400 Mk. Waisenrente und an 19 Invaliden 16 428 Mk. Invalidenrente.

Mit den tatsächlichen Ausgaben für 1912 kann die Aufstellung nicht übereinstimmen, da die Renten teilweise nicht vom Beginn des Jahres liefen. Die buchmäßige Ausgabe für Witwen- und Kinderrente betrug 52 389,45 Mk., für Waisenrente 697,50 Mk. und für Invalidenrente 15 352,80 Mk.

Der Betrag für Waisenrente ist höher als die tatsächliche Verpflichtung für das Berichtsjahr, weil nach dem Beschluß der Hauptversammlung Waisenrenten nachgezahlt wurden.

Von den Invalidenrentenempfängern sind 3 im Jahre 1912 gestorben. Die Zahl der Invaliden betrug am Ende des Geschäftsjahres 19.

Ueber die Belastung der Kasse durch die laufenden Unterstützungsätze gibt folgende Tabelle Aufschluß: Invalidenunterstützung erhält seit dem Jahre

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
	im Jahresbetrage von Mark					
1	900	gest.	—	—	—	—
2	900	900	900	900	900	900
3	900	900	900	900	900	900
4	—	900	900	900	900	900
5	—	—	900	900	900	900
6	—	—	900	900	900	gest.
7	—	—	—	900	900	900
8	—	—	—	900	900	900
9	—	—	—	900	900	900
10	—	—	—	900	erwerbs- fähig	—
11	—	—	—	900	900	900
12	—	—	—	900	gest.	—
13	—	—	—	900	900	900
14	—	—	—	900	gest.	—
15	—	—	—	—	900	gest.
16	—	—	—	—	900	900
17	—	—	—	—	900	900
18	—	—	—	—	900	900
19	—	—	—	—	900	gest.
20	—	—	—	—	—	900
21	—	—	—	—	—	900
22	—	—	—	—	—	900
23	—	—	—	—	—	692
24	—	—	—	—	—	900
25	—	—	—	—	—	486
26	—	—	—	—	—	900
	2700	2700	4500	11700	13500	16428

Durch eine Umfrage im Jahre 1912 ist ermittelt worden, welches Gehalt die Invaliden in ihrer letzten Stellung bezogen und welche Unterstützungen aus anderen Kassen sie erhalten. Die Ermittlungen waren notwendig, weil durch die Änderungen des Statuts, die auf unserer Hauptversammlung am 17. und 18. Mai 1912 vollzogen wurden, bei der Berechnung der Invalidenrente die Fortzahlung des Gehalts, sowie die Beträge, die das Mitglied aus anderen Kassen bezieht, in Anrechnung kommen. Die Zusammenstellung ergibt, daß nur ein Mitglied bei herabgesetztem Gehalt noch in Stellung ist und nur zwei ohne weitere Anstellung einen Teil des Gehalts beziehen. Sieben Rentenempfänger erhalten keine Invalidenrente aus der staatlichen Versicherung, weil sie die Versicherung verfallen ließen und nur zwei können Bezüge aus einer Unterstützungs-kasse der Gewerkschaft angeben. Es ist ersichtlich, daß die Zuschüsse zu den Unterstützungsätzen unserer Kasse eine sehr willkommene Erhöhung der Rentenbezüge bedeuten. Die neuen Bestimmungen des Statuts haben sich bewährt, sie geben dem Vorstand einen besseren Maßstab für die Rentenfestsetzung. Nur in zwei Fällen wurde der Anspruch auf Rente abgelehnt, da die Angestellten noch ihr Gehalt bezogen, allen übrigen Anträgen konnte stattgegeben werden.

**Gehalts- und Rentenbezüge unserer Invaliden.**

Beruf	Das Invalid. Mit- glied bez. zuletzt Gehalt od. Ein- kommen a. freier Schriftsteller	Erhält einen Teil des Gehalts fort- gezahlt	Anstellungsver- hältnis ist gebl.	Erhält staatliche Invaliden- oder Altersrente	Erl. Invaliden- rente von der Ge- werkschaft		Erhält aus der Unterstützungs- Vereinigung
					Mk.	Mk.	
Gew.-Angest.	2600,—	867,—	Ja	246,—	—	900,—	
Krnk. "	1800,—	—	"	198,—	—	900,—	
Part. "	1800,—	—	"	178,—	—	900,—	
Part. "	3000,—	—	"	234,—	730,—	900,—	
Gew. "	3200,—	—	"	222,—	—	900,—	
Part. "	1800,—	—	"	240,—	—	900,—	
Gew. "	2300,—	—	"	—	—	900,—	
Part. "	2400,—	—	"	259,20	—	900,—	
" "	2900,—	* 285,—	"	—	—	900,—	
Gew. "	2660,—	1180,—	"	256,20	—	692,—	
Part. "	2500,—	—	"	—	—	900,—	
Gew. "	2000,—	—	"	227,40	—	900,—	
" "	2800,—	—	"	208,—	—	900,—	
Part. "	3000,—	—	"	—	—	900,—	
Schriftsteller.	3500,—	—	"	—	455,—	900,—	
Part.-Angest.	2500,—	1564,20	Nein	—	—	486,—	
Krnk. "	2400,—	—	Ja	—	—	900,—	
Part. "	1800,—	* 180,—	"	158,—	—	900,—	
Gew. "	2300,—	—	"	—	—	900,—	

\* Einkommen als freier Schriftsteller.

Die Verpflichtungen der Vereinigung sind in den Jahren wie folgt gestiegen: Es wurden gezahlt an Witwen- und Kinderrente 1903: 716,55 Mk., 1904: 3109,30 Mk., 1905: 8095,55 Mk., 1906: 11 219,90 Mk., 1907: 15 575,70 Mk., 1908: 19 530,64 Mk., 1909: 27 135,65 Mk., 1910: 34 939,90 Mk., 1911: 43 575,25 Mk., 1912: 52 389,45 Mk.; an Sterbe- geld: 1903: 600 Mk., 1904: 1200 Mk., 1905: 1200 Mk., 1906: 1800 Mk., 1907: 1800 Mk., 1908: 2200 Mk., 1909: 3400 Mk., 1910: 3400 Mk., 1911: 3200 Mk., 1912: 3600 Mk.; an Invalidenrente 1907: 1275 Mk., 1908: 2700 Mk., 1909: 3000 Mk., 1910: 6975 Mk., 1911: 12 000 Mk., 1912: 15 352,80 Mk.

Für das kommende Geschäftsjahr muß die Kasse nach den obigen Aufstellungen mit einer aus dem Jahre 1912 übernommenen Gesamtbelastung an

Es ist im Berichtsjahr zum erstenmal seit Bestehen des Central-Arbeitersekretariats die Erscheinung zu beobachten gewesen, daß die Zahl der zur Vertretung überwiesenen Streitsachen gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Ueberweisungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger. Es hat hier die Reichsversicherungsordnung insofern eingewirkt, als die Zulässigkeit der Revision in Invalidensachen eine Einschränkung erfahren hat, sie hat aber auch in Unfallsachen ihren Schatten vorausgeworfen. Durch die Inanspruchnahme der ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes bei den Vorarbeiten zur Einführung der Reichsversicherungsordnung ist die Zahl der Sachen, die vor dem Reichsversicherungsamt in mündlicher Verhandlung erledigt wurden, von 21 179 im Jahre 1911 auf 19 741 im Jahre 1912 gesunken. Schon allein dieser Umstand macht den Rückgang erklärlich. Es ist leider nicht so, daß dem Central-Arbeitersekretariat die Sachen sofort nach der Einlegung des Rekurses oder der Revision übergeben werden. In einer außerordentlich großen Zahl von Fällen gehen uns vielmehr die Akten erst dann zu, wenn schon Termin angesetzt ist. Das ist deshalb ein Uebelstand, weil das uns zur Verfügung gestellte Aktenmaterial oft so dürftig ist, daß erst durch Akten-einsicht beim Reichsversicherungsamt die erforderliche Information eingeholt werden kann. Die Akten stehen aber nicht ohne weiteres zur Verfügung, und daher muß in vielen Fällen die Akten-einsicht unterbleiben. Das ist namentlich dann bedauerlich, wenn die Akten-einsicht erforderlich gewesen wäre, um die Unterlagen für ein ärztliches Gutachten zu beschaffen. Die späte Ein-sendung der Akten macht auch sonst vielfach die Beschaffung von weiterem Beweismaterial zur Unmöglichkeit. Es muß deshalb dringend um rechtzeitige Ein-sendung ersucht werden.

#### Die bevorstehenden

Wahlen der Versicherten zu den Organen der Versicherungsträger und zu den Versicherungsbehörden haben Vorarbeiten notwendig gemacht. Das Central-Arbeitersekretariat hat die Organisation der Wahlen in die Hände genommen und es hat zur allgemeinen Information auch eine Broschüre herausgegeben, die in zweiter Auflage erscheint. Sie beschäftigt sich nicht nur mit den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, sondern auch mit denen des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Eine dauernde Neubelastung hat die

#### Rechtsbeilage des „Correspondenzblattes“

gebracht, deren Redaktion im Central-Arbeitersekretariat besorgt wird. Auf diese Beilage verweisen wir auch hinsichtlich der Rechtsprechung, da bezeichnende Fälle darin veröffentlicht wurden.

### Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für das Jahr 1912.

Der Unterstützungsvereinigung sind im Jahre 1912 neu hinzugegetreten 477 Mitglieder. Von den eingetretenen Mitgliedern waren ihrer Berufsstellung nach 296 Gewerkschaftsangestellte, 32 Expedienten, 24 Parteiangestellte, 22 Redakteure, 20 Buchhandlungsangestellte, 16 Berichterstatter, 15 Arbeitersekre-

täre, 15 Geschäftsführer, 7 Krankenkassenangestellte, 6 Schriftsteller und 24 Angestellte anderer Arbeitervereinigungen. Ausgeschlossen wegen restierender Beiträge wurden 25 Mitglieder; wegen Berufswechsels schieden 81 aus. Von den Ausgeschiedenen waren 59 Gewerkschaftsangestellte, 14 Redakteure, 11 Buchhandlungsangestellte, 9 Expedienten, 4 Arbeitersekretäre, 4 Parteiangestellte, 2 Berichterstatter, 1 Geschäftsführer, 1 Krankenkassenangestellter und 1 freier Schriftsteller.

Durch den Tod verlor die Vereinigung 22 Mitglieder, und zwar die Gewerkschaftsangestellten Karthäuser, Horn, Windolph, BURGOLD, Bachhaus, Schmidt, Bömelburg, Petermann; die Expedienten Nieger, Trapp, Weiße, Anders und Reimer; die Redakteure Tiefel, Mollwagen und Herzberg; den Berichterstatter Stausser, den Arbeitersekretär Zipperer; den Parteiangestellten Liepmann; den Buchhandlungsangestellten Buchheim; den Geschäftsführer Segmann und den Krankenkassenangestellten Schulze.

Der Mitgliederbestand ist nunmehr auf 3297 gestiegen, gegen 2948 im Vorjahre, mithin eine Zunahme von 349.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Arbeitersekretäre	31	38	48	74	86	105	111	121	134	143	153
Parteiangeestellte	1	3	10	17	39	58	75	86	99	111	131
Berichterstatter	19	23	26	28	31	40	47	53	53	58	70
Polit. Redakteure	114	123	141	158	185	205	225	235	243	273	281
Buchhandlungsangestellte und Kontoristen	14	17	20	24	41	57	71	81	98	110	122
Expedienten	57	71	94	108	145	185	204	224	257	284	305
Geschäftsführer	30	39	45	49	61	77	101	102	107	113	126
Gewerkschaftsangestellte	111	268	368	549	747	1039	1267	1448	1599	1718	1937
Krankenkassenangestellte	27	49	53	57	64	74	82	91	92	95	100
Schriftsteller	29	28	29	31	33	31	32	33	40	43	48
Angestellte and Arbeiterverein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24
Summa	433	659	829	1095	1432	1871	2215	2474	2717	2948	3297

An Unterstützungen kamen im Jahre 1912 hinzu: Für 15 Wittven Jahresrenten 8400 Mk., nachträgliche Gewährung einer Rente an die Schwester eines verstorbenen Mitgliedes 600 Mk., Kinderrenten für 14 Kinder 1100 Mk., an 7 invalide Mitglieder 5627,80 Mk.

Von den laufenden Witwenrenten wurde eine durch die Wiederverheiratung der Rentenempfängerin abgelöst, eine Witwe starb im Jahre 1912.

Den Hinterbliebenen von 4 Mitgliedern konnte eine Unterstützung nicht zugesprochen werden, da die Verstorbenen die im Statut festgesetzte Karenzzeit nicht zurückgelegt hatten. Den Hinterbliebenen von zwei verstorbenen Genossen konnte eine Unterstützung nicht gewährt werden, da die Verstorbenen wegen restierender Beiträge seit längerer Zeit aus der Mitgliederliste gestrichen waren. 2 Mitglieder hinterließen keine Angehörigen und bei einem Mitgliede mußte die Rente an die Hinterbliebenen abgelehnt werden auf Grund des § 15 Abs. 3 des Statuts.

Ueber die Belastung der Kasse durch die laufenden Unterstützungsfälle gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Witwen-, Waisen- und Invalidenrenten im Betrage von 73 278 Mk. rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich eine Steigerung auf 83 000 Mk. im Jahre 1913 annehmen. Mit den Verwaltungskosten, Beitragsrückzahlungen und Sterbegeld ist ein weiterer Betrag von rund 12 000 Mk. in Ansatz zu bringen, so daß die Gesamtausgabe auf 95 000 Mk. zu veranschlagen ist.

Die in der Vermögensübersicht aufgeführten Wertpapiere befinden sich im Banktresor. In dem Ankaufswert sind die laufenden Zinsen, die Bankprovision und Stempelsteuern enthalten. Bei der nächsten Abrechnung soll die Einteilung der Wertpapiere nach dem Börsenkurs erfolgen.

Das Vermögen der Vereinigung ist auf 1 127 571,97 Mk. angewachsen; dem Bankguthaben konnten im Jahre 1912 183 362,95 Mk. zugeführt werden, gegen 178 692,25 Mk. im Vorjahre.

Die Korrespondenz umfaßt an Eingängen 1211 Briefe, 48 Karten, 1050 Postschecksendungen. Ausgänge waren: 1862 Briefe, 107 Karten, 1313 Drucksachen und 456 Postschecküberweisungen.

Die Erledigung der Geschäfte fand durch die Vertrauensleute eine sehr wertvolle Unterstützung und sprechen wir hiermit den Kollegen für ihre Bemühungen den Dank aus. Der Vorstand.

#### Kassenbericht der Unterstützungsvereinigung für das Geschäftsjahr 1912.

Einnahme.	
Kassenbestand vom 4. Quartal 1911	2 648,15 Mk.
Mitgliederbeiträge:	
1. Quartal . . . . .	54 492,— Mk.
2. " . . . . .	59 724,— "
3. " . . . . .	51 144,— "
4. " . . . . .	64 746,— "
Zinsen:	
1. Quartal . . . . .	8 027,10 Mk.
2. " . . . . .	10 836,50 "
3. " . . . . .	8 005,25 "
4. " . . . . .	10 915,— "
Zurückgezahlte Unterstützung . . . . .	75,— "
<b>Summa</b>	<b>270 053,— Mk.</b>

Ausgabe.	
Zurückgezahlte Beiträge . . . . .	4 363,35 Mk.
Sterbegeld . . . . .	3 600,— "
Witwenunterstützung . . . . .	52 389,45 "
Invalidenunterstützung . . . . .	15 352,80 "
Waisenunterstützung . . . . .	697,50 "
Abfindung einer Witwenrente . . . . .	600,— "
Veruntreuung des Vertrauensmannes Kreis . . . . .	660,— "
Datumstempel . . . . .	103,— "
Versicherungsprämie . . . . .	3,— "
Kartothek . . . . .	40,— "
Ärztliche Gutachten (Invalidenrenten) Drucksachen . . . . .	24,— "
Druck der Mitgliedsblätter . . . . .	17,75 "
" " Protokolle (Hauptversammlung) . . . . .	216,— "
" " Statuten . . . . .	423,— "
Vericht über die Hauptversammlung . . . . .	40,— "
Inserate zur " . . . . .	100,— "
Drucksachen " . . . . .	29,58 "
Diäten für die Delegierten . . . . .	220,15 "
Postscheckgebühren . . . . .	3 178,— "
Borto . . . . .	166,46 "
Auf der Bank . . . . .	483,76 "
Kassenverwaltung . . . . .	188 362,95 "
Kassenbestand . . . . .	800,— "
<b>Summa</b>	<b>8 232,25 Mk.</b>
<b>Summa</b>	<b>270 053,— Mk.</b>

#### Vermögensübersicht.

28 000 Mk.	3	proz. Reichsanleihe, Ankaufswert	25 651,05 Mk.
18 000 "	3 1/2	" Reichsanleihe, Ankaufswert	18 804,05 "
80 000 "	4	" Reichsanleihe, Ankaufswert	80 658,80 "
125 000 "	4	" Staatsanleihe, Ankaufswert	127 585,10 "
135 000 "	4	" Schuldbuch-eintragungen, Ankaufswert	185 543,30 "
50 000 "	4	" Schatzanweisungen, Ankaufswert	49 832,80 "
10 000 "	3 1/2	" Bayerische Eisenbahnanleihe, in Rechnung gestellt . . . . .	10 000,— "
145 000 "	4	" Pfandbriefe, Ankaufswert	146 816,90 "
395 500 "	4	" Kommunalanleihen, Ankaufswert	400 411,85 "
147 500 "	3 1/2	" Kommunalanleihen, Ankaufswert	148 312,65 "
Bankguthaben . . . . .			86 229,72 "
Kassenbestand . . . . .			8 232,25 "
<b>Summa</b>			<b>1 127 571,97 Mk.</b>

#### Arbeiterbewegung.

##### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Handlungsgehilfen konnte im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres seine Mitgliederzahl um 1436 auf 22 985 steigern. Am Jahresanfang zählte der Verband 18 489 Mitglieder, wozu 2970 Lagerhalter kamen, die am 1. Januar zum Handlungsgehilfenverbande übertraten, so daß mit der obigen Zunahme an neuen Mitgliedern im ersten Quartal insgesamt fast 23 000 Mitglieder erreicht wurden. Die ununterbrochene Mitgliederzunahme, die der Handlungsgehilfenverband seit einigen Jahren aufweisen kann, zeigt, daß der Boden für eine auf moderner gewerkschaftlicher Grundlage fußende Organisation der deutschen Handlungsgehilfen heute bereits vorhanden ist.

Die Mitgliederzahl des Centralvereins der Bildhauer betrug am Schlusse des 4. Quartals 3766. Für Unterstützungen bei Streiks wurden 4062 Mk. verausgabt, für Arbeitslosenunterstützung 11 025 Mk., Krankenunterstützung 2766 Mk. Das Hauptkassenvermögen bezifferte sich auf 129 130 Mk.

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im Monat März 845 Zahlstellen mit 192 060 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosenfälle betrug 19 460, am letzten Tage des Monats waren 8508 Arbeitslose vorhanden. Auf je 100 Mitglieder kamen 4,43 Arbeitslose gegen 4,34 im Vormonat und 2,61 im März 1911. Arbeitslosenunterstützung im Betrage von 183 599 Mk. erhielten 8570 Mitglieder für 103 091 Tage und Reiseunterstützung im Betrage von 10 435 Mk. 7771 Mitglieder für 12 106 Tage. 32 Zahlstellen hatten sich an der Berichterstattung nicht beteiligt.

Heber die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der in den Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen veröffentlicht der „Filialleiter“ die Hauptergebnisse einer vom Lagerhalterverbande im Jahre 1912 aufgenommenen Statistik. Die nachfolgenden Zahlen entnehmen wir dieser Veröffentlichung. Sie ermöglichen einen Vergleich mit den vorhergehenden Erhebungen und zeigen insofern eine andauernde Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Die Statistik erstreckt sich auf:

Jahr der Aufnahme	Betrifft Betriebe	Betrifft Personen	Zunahme in Proz.	Dahon organisiert	In Prozent	Dahon Männer	Prozent	Frauen	Prozent
1908	407	2011	54,7	1760	87,5	1662	82,6	98	4,9
1910	513	2710	34,7	2263	83,5	2113	78,0	150	5,5
1912	503	3309	23,6	2795	84,4	2602	93,1	193	7,0

Die Arbeitszeit verteilt sich wöchentlich nach Stunden für die Jahre 1908 bis 1912 folgendermaßen:

	1912		1910		1908	
	Perf.	Proz.	Perf.	Proz.	Perf.	Proz.
unter und bis 60 Std.	1648	49,8	967	35,7	333	17,2
von 61 „ 70 „	1196	36,1	1105	40,8	572	29,6
71 „ 80 „	347	10,5	439	16,2	849	43,9
81 „ 90 „	115	3,5	179	6,6	174	9,0
91 „ 96 „	3	0,1	20	0,7	5	0,3
Insgesamt	3309		2710		1933	

Angaben über die Gehaltsverhältnisse sind für 2983 Personen gemacht. Es scheiden also 326 Personen bei dieser Frage aus. Diese letzteren setzen sich hauptsächlich aus Kollegen zusammen, die mit Prozentbezahlung angestellt sind.

Die Gegenüberstellung der Jahre 1908 bis 1912 ergibt folgendes Bild der Monatsgehälter der Lagerhalter:

	1912		1910		1908	
	Person.	Proz.	Person.	Proz.	Person.	Proz.
unter 80 Mk.	154	5,1	181	7,0	109	6,2
81—90 „	76	2,6	95	3,7	66	3,8
91—100 „	188	6,3	217	8,4	187	10,7
101—120 „	546	18,3	459	17,8	818	18,2
121—130 „	270	9,0	250	9,7	205	11,7
131—140 „	306	10,3	224	8,7	189	10,8
141—150 „	294	9,8	276	10,7	165	9,5
über 150 „	1149	38,6	879	34,05	507	29,0
Insgesamt	2983		2581		1746	

Die Statistik erstreckt sich weiter auf die Feriengewährung, Mitarbeit der Ehefrau, Gehaltsstaffelung, Kauttionen, Mankovergütung usw. und gewährt somit einen guten Einblick in die Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter. Sie zeigt, daß erhebliche Verbesserungen von den Konsumvereinen in diesen Jahren durchgeführt worden sind, wohl aber auch, daß noch einiges zu tun bleibt, bis die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen als auf der ganzen Linie vorbildlich angesehen werden können. Arbeitszeiten von über 70 Stunden wöchentlich sind auch nicht mit der „drückenden Konkurrenz“ zu entschuldigen, aber es muß anerkannt werden, daß seit 1908 gerade diese damals noch übliche Arbeitszeit immer mehr ver-

schwunden ist. Hoffentlich wird in weiteren zwei Jahren, falls dann die Erhebung wiederholt wird, diese Arbeitszeit gänzlich ausgemerzt sein.

Die Mitgliederzahl des Porzellanarbeiterverbandes betrug am Schlusse des 4. Quartals 16 078, sie nahm im Quartal um 125 ab. Das Verbandsvermögen beträgt insgesamt 329 252 Mk., wovon 45 276 Mk. auf die Zahlstellen entfallen.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Die Aussperrung im Malergewerbe nimmt weiter den bisherigen, für die aussperrenden Arbeitgeber unerwartet ungünstigen Verlauf. Einem Rückgange der an dem vom Arbeitgeberverband lange geplanten Kampfe beteiligten Gehilfen von 12 131 am 19. April auf 10 953 am 26. April steht eine Zunahme der unter neuen, meist über die Schiedssprüche hinausgehenden Bedingungen Arbeitenden gegenüber. Es stieg die Zahl der unter Sondertarif stehenden Geschäfte in der Woche vom 19. bis 26. April von 4157 auf 4267 und die der Gehilfen von 16 261 auf 17 317.

Diese Entwicklung veranlaßt den Arbeitgeberverband, die Malermeister geradezu anzuflehen, ja keine Sondertarife anzuerkennen. Als Mittel gegen das Ausbrechen der Arbeitgeber muß der schon mehrfach erwähnte Innungsterrorismus weiter dienen, trotzdem eigentlich die Erklärung des Ministers Sydow im preussischen Abgeordnetenhaus diesem Unfug ein Ende gemacht haben sollte. So beschloß die Düsseldorfser Zwangsinnung nach den Landtags-erörterungen:

„Die Innungsversammlung hält an dem Beschlusse vom 10. März ausdrücklich fest und erweitert ihn dahin, daß auch das Unterzeichnen der Sondertarife gegen die Standesehre verstößt und von der Innung verboten wird. Für die Hebertretung dieses Beschlusses wird die statutgemäße Strafe von 20 Mk. festgesetzt.“

Also pfeifen die Innungsherren bei ihrem Bestreben, die Geschäfte der Scharfmacher im Arbeitgeberverband zu besorgen, auf die Ministererklärung ebenso wie auf die schon vorhergegangenen Entscheide der Aufsichtsbehörden. — Inzwischen sind auch wieder Verhandlungen in die Wege geleitet worden. Diese sollen diesmal durch ein Schiedsgericht erledigt werden, in dem neben den bisherigen Unparteiischen noch je zwei Vertreter der beiderseitigen Parteien mitwirken sollen.

O. St.

### Vom Kampf der holländischen Zigarrenarbeiter.

Vor nunmehr 14 Wochen kam es in Rotterdam, Dordrecht und Groningen zu Arbeitseinstellungen, um eine kleine Erhöhung der so niedrigen Stücklöhne zu erzielen, und besonders auch, um der Lohnregulierung, wie sie die Unternehmer in den letzten beiden Städten vorschlugen, Widerstand entgegenzusetzen. Diese wollten nämlich die Löhne noch weiter herabsetzen. Diese Abwehr der Arbeiter hatte die Aussperrung zur Folge, wodurch 470 Mitglieder der „katholischen“, 389 Mitglieder der „christlichen“, 886 Mitglieder der „hyndikalistischen“ und 3006 Mitglieder der Organisation, die unserer Landeszentrale angehört, auf die Straße flogen. Der Arbeitgeberorganisation, die aus 10 Fabrikantenvereinen aus 10 Provinzen besteht, paßte das rasche Wachstum der Gewerkschaft schon lange nicht. Daher wagte man die Kraftprobe, um